Wahlprüfsteine Netzwerk Grundeinkommen

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Einkommen für alle Menschen,

- *das Existenz sichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht,*
- *auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht,*
- *das ohne Bedürftigkeitsprüfung und*
- *ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen*

garantiert wird.
Das Grundeinkommen soll dazu beitragen, Armut und soziale Notlagen zu beseitigen, den individuellen Freiheitsspielraum zu vergrößern sowie die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern.

Die Mehrheit in Deutschland befürwortet ein Grundeinkommen. Wie positioniert sich Ihre Partei aktuell zum Grundeinkommen o. g. Definition?

Wir unterstützen die Einführung eines Grundeinkommens, das die Anforderungen der oben genannten Definition erfüllt.

Findet sich im Bundestagswahlprogramm Ihrer Partei für 2025 das deutliche Bekenntnis zur Einführung eines Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in Deutschland?

Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl konnten wir kein Wahlprogramm beschließen. Auf pdh.eu sind unsere bestehenden Forderungen für die kommende Wahl zusammengefasst , die auch „Existenz durch Grundeinkommen sichern“ beinhalten.
Wir betrachten das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) als wichtigen Beitrag zur Lösung der drängendsten sozialen Probleme. Durch die Einführung des BGE erhält jeder einzelne Bürger Deutschlands eine finanzielle Grundlage, die es ihm ermöglicht, sich frei von Existenzängsten zu verwirklichen. Damit begegnen wir nicht nur Armut als solcher, sondern können auch Folgeerscheinungen wie Existenzängste, Krankheit, soziale Isolation oder Kriminalität verringern. Wir wollen, dass jeder Mensch die Chance erhält, seinen Lebensweg frei zu gestalten. Mit dem BGE erkennen wir an, dass dabei auch die notwendige finanzielle Ausstattung eines Menschen eine gewichtige Rolle spielt und schaffen Rahmenbedingungen, die jedem Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Mit einem BGE gehen wir neue Wege, die auch Risiken und Schwierigkeiten hinsichtlich Akzeptanz, Verhaltensänderungen und Abgaben mit sich bringen werden. Deshalb soll die Einführung schrittweise erfolgen, um Fehlentwicklungen zu erkennen und zu beheben.

www.pdh.eu/programmatik/bedingungsloses-grundeinkommen/

Gibt es in Ihrer Partei Arbeitsgemeinschaften bzw. Zusammenschlüsse, die die Einführung eines Grundeinkommens fordern und diese Forderung im Parteiprogramm verankert sehen wollen? Wenn ja, welche?

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales arbeitet schon seit längerer Zeit am „Humanistischen Grundeinkommen“, einem neuen, eigenen Konzept. Die Forderung nach einem Grundeinkommen ist bereits im Parteiprogramm verankert, das Modell würde bei Beschluss des Humanistischen Grundeinkommens entsprechend angepasst werden.

Haben Ihre Partei oder ein Zusammenschluss bzw. eine Arbeitsgemeinschaft Ihrer Partei ein Modell eines Grundeinkommens gemäß o. g. Definition entwickelt?

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales entwickelt aktuell ein parteieigenes Konzept für ein „Humanistisches Grundeinkommen“. Grundlage ist ein Existenzminimum für alle Menschen zu gewährleisten, das ohne Vermögensprüfungen und Sanktionen auskommt.

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag mit dem Ziel einzurichten, die Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in Deutschland zielführend zu diskutieren?

Wir befürworten die Aufnahme des Themas durch eine Enquete-Kommission.

Ist Ihre Partei bereit, Bürgerräte, -foren und -konvente zum Grundeinkommen zu unterstützen?

Ja, da ein Grundeinkommen für uns ein zentrales politisches Anliegen ist, unterstützen wir alle Aktivitäten, die uns der Einführung eines Grundeinkommens näher bringen.

Ist Ihre Partei bereit, nach Einführung der Möglichkeit eines bundesweiten Volksentscheids auch einen solchen Volksentscheid zum Grundeinkommen zu unterstützen?

Wir unterstützen die Einführung eines Grundeinkommens. Jedoch bergen Volksabstimmungen bei Sachfragen die Gefahr, dass Entscheidungen emotionalisiert getroffen werden. Bürgerinitiativen und Petitionen können allerdings bei Werteentscheidungen richtungsweisend sein – wir wollen diese daher stärken und modernisieren.